





Ich hab' Polizei.

*„Wenn du bisschen frech wirst, holt Polizei SEK / Polizei funkt kurz, tatütata, Verstärkung da / BePo aus Bayern, BePo aus Sachsen / Kommen im VW-Bus, brechen dir Beppo die Haxen / Lutsch am Tonfa, du Opfer, jetzt siehst du Sterne / Widerstand zwecklos, Polizei haut gerne“
(Polizistensohn aka Jan Böhmermann)*



POLIZEI

Cop Culture

Hat die Polizei ein Problem mit Rechtsextremist*innen in den eigenen Reihen? Über Morddrohungen und Terrorismus, über mangelhafte Ermittlungen und „Kriegermännlichkeit“, über Einzelfälle und strukturelle Probleme. Von Pit Kühnühl.

Seda Başay-Yıldız vertrat während des Prozesses gegen den *Nationalsozialistischen Untergrund (NSU)* in München die Familie des ersten Mordopfers Enver Şimşek als Anwältin der Nebenklage. Im August 2018 erhielt die Frankfurter Juristin einen Brief, in dem ihre Privatadresse und der Name ihrer zweijährigen Tochter stand – Daten, die nicht öffentlich zugänglich sind. Dazu eine Morddrohung: „Verpiss dich lieber, solange du hier noch lebend rauskommst, du Schwein! Als Vergeltung schlachten wir deine Tochter.“ Unterschrieben war der Brief mit „NSU 2.0“. Başay-Yıldız erstattete Anzeige.

Im Zuge der darauffolgenden Ermittlungen wurde bekannt, dass die Adresse der Anwältin an einem Dienstcomputer einer Frankfurter Polizeiwache in einem internen Verzeichnis abgerufen wurde. Wer für das Drohschreiben verantwortlich ist, ist bis heute noch nicht abschließend geklärt.

Weitere Recherchen führten zu Gruppenchats in Messenger-Diensten, in denen mehrere Polizist*innen rechtsradikale Inhalte geteilt und sich rassistisch geäußert haben sollen. Inzwischen wird deshalb gegen 38 Beamt*innen ermittelt. Einer der im Fokus stehenden Beamten habe laut Angaben der Tageszeitung *taz* in seiner Garage ein „museal eingerichtetes Zimmer mit diversen NS-Devotionalien“, mit „historischen Wehrmachts- und SS-Uniformen, Fahnen, Plakaten, Orden und Abzeichen“ – dazu noch erlaubnispflichtige Waffen und Munition.

Bis Anfang des Jahres erhielt Başay-Yıldız immer neue Drohbriefe. Fünf Beamt*innen wurden infolgedessen suspendiert, ein 30-jähriger Polizist aus Frankfurt, der

als Hauptverdächtiger gilt, kurzzeitig verhaftet. Die Ermittlungen laufen noch. Für das Hessische Innenministerium und die *Gewerkschaft der Polizei (GdP)* sind dies alles nur Einzelfälle, Verbände kritischer Polizist*innen in Hessen bemängeln allerdings, dass insgesamt das Thema Rechtsradikalismus in der Polizei verschwiegen würde. Es ist schon sehr auffällig, dass Behörden, Politik und ein Teil der Medien immer nur von Einzelfällen oder Einzeltäter*innen sprechen, wenn es um rechtsextremistische Vorfälle geht, nicht aber von Netzwerken oder strukturellen Problemen.

Eine kleine und zufällige Auswahl einiger solcher Einzelfälle bei der Polizei, die es in den letzten Wochen in die Medien geschafft haben.

Machokultur und Antisemitismus in Bayern

Das *Unterstützungskommando (USK)* ist eine Sondereinheit der bayerischen Polizei, die 1988 vom damaligen Innenstaatssekretär Peter Gauweiler ins Leben gerufen wurde und dessen Aufgabengebiet geschlossene Einsätze mit einer besonderen Gefährdungslage sind. Demonstrationen, Fußballspiele mit Risiko-Einstufung oder die Bekämpfung organisierter Kriminalität. Es handelt sich dabei um einen nahezu reinen Männerbund, der durch unnötige Gewalt bei Einsätzen schon manches Mal mediale Aufmerksamkeit erlangt hat.

An einem Abend im November 2018 vergnügten sich nun einige aktive und ehemalige Beamte des *USK* der Münchner Polizei auf einer Mottoparty in einer Diskothek am Spitzingsee. Aufgrund des erwarteten erhöhten Alkoholkonsums wurden Hotelzimmer in der Nähe

gebucht. Einer der Beamten ging in weiblicher Begleitung auf das Zimmer. Was dann geschah, wird von dem Beamten und der Frau unterschiedlich dargestellt – sie erstatte Anzeige wegen eines möglichen Sexualdeliktes.

Bei den darauffolgenden Ermittlungen wurde, ähnlich wie in Frankfurt, ein Chat mit rechtsradikalen Inhalten entdeckt – mehrere antisemitische Videos kursierten in der WhatsApp-Gruppe. Inzwischen wird gegen 47 aktive und ehemalige USK-Beamte ermittelt, 14 Beamte wurden suspendiert oder versetzt. Strafrechtliche Folgen hatte es bis heute keine. Der Münchner Polizeipräsident Hubertus Andrä zeigte sich dem *Bayerischen Rundfunk* gegenüber aufrichtig besorgt, dass dieses Verhalten einzelner das kostbare Ansehen der Münchner Polizei beschädigen könnte.

Lieber gegen Linke als gegen Terroristen in Berlin

Im Jahr 2017 wurden Drohbriefe an Bewohner*innen, Unterstützer*innen und das vermeintliche Umfeld eines Hausprojekts in der Rigaer Straße in Berlin-Friedrichshain geschickt. Das Hausprojekt ist ein bekannter Treffpunkt der linken Szene und erhielt wegen einer geplanten Räumung große Unterstützung. In den Drohbriefen fanden sich Namen, Adressen und teilweise auch Fotos einiger Dutzend Personen, sowie die Ankündigung, diese Informationen an gewalttätige Rechtsextremist*innen wie die *Identitäre Bewegung* oder die *Autonomen Nationalisten* weiterzuleiten. Anhand der Fotos war klar, dass dieses Material aus dem internen Datensystem der Polizei stammte – und somit ein Polizist oder eine Polizistin es abgesendet haben musste.

Inzwischen wurde der Absender der Drohbriefe ermittelt, ein Beamter des *Landeskriminalamtes (LKA)*, und zu einer Geldstrafe von 3.500 Euro verurteilt; ein Disziplinarverfahren gegen ihn läuft noch. Gegen seine Lebensgefährtin, über deren Computer die Daten abgerufen wurden, gab es jedoch keine Ermittlungen – obwohl sie beim Staatsschutz des *LKA* für Linksextremismus zuständig war.

Dieser Fall erhält aktuell erneute Brisanz. Wie die Wochenzeitung *Die Zeit* Anfang Juni 2019 berichtete, steht diese *LKA*-Beamtin in Verdacht, im Juni 2016 einige Observationsteams für die Überwachung der Rigaer Straße angefordert und von einem anderen Objekt abgezogen zu haben. Die Teams waren ursprünglich zuständig für die Observation des Terrorverdächtigen Anis Amri – jenes islamistischen

Attentäters, der am 19. Dezember 2016 auf dem Weihnachtsmarkt des Berliner Breitscheidplatz elf Menschen ermordet und mehrere schwer verletzt hat.

Inwieweit die anti-linke Paranoia der Berliner Polizei und vor allem des damaligen Innensenators Frank Henkel (*CDU*) eine Mitschuld an der missglückten Überwachung und somit an dem Anschlag selber tragen, bleibt zu klären.

Pegida, AfD und rechte Symbole in Sachsen

Bei der kürzlich abgehaltenen Stichwahl zum Oberbürgermeister der sächsischen Stadt Görlitz ist der Kandidat der rechtsextremen *AFD*, Stefan Wippel, nur knapp gescheitert. Wippel ist Polizeikommissar und beim letztjährigen Zuckerfest, der Feier zum Ende des muslimischen Fastenmonats Ramadan, durch rassistische Aussagen aufgefallen. Er verteilte während des Festes Postkarten mit der Aufschrift „Syrien vermisst Dich!“ und forderte Geflüchtete und Migrant*innen auf, Deutschland zu verlassen. Symptomatisch für das Bundesland, dessen stellvertretender Ministerpräsident Martin Dulig (*SPD*) konsterniert feststellen musste, dass in der dortigen Polizei die Sympathien für *AFD* und *Pegida* besonders groß seien. Und somit rechte Einstellungen.

So habe ein Polizist in Dresden den Holocaust relativiert, wie die *Dresdner Neueste Nachrichten* im April berichteten. Bei einem Protest gegen einen Stand der *AFD* habe der Polizist nicht nur Sympathien für die rechtsextreme Partei gezeigt, sondern auch infrage gestellt, dass sechs Millionen Jüdinnen und Juden während des NS-Regimes ermordet worden seien. Ein Verfahren gegen ihn läuft nicht.

Ein Polizeischüler in Leipzig hat Ende 2018 seine Ausbildung abgebrochen, nachdem er rechtsextremistische und rassistische Äußerungen seiner Mitschüler*innen und Ausbilder*innen nicht mehr ertragen wollte. In einer WhatsApp-Gruppe soll gegen Afrikaner gehetzt worden sein, Mitschüler*innen hätten Lieder der Rechtsrockband *Stahlgewitter* gesungen und erzählt, dass sie *NPD*-Veranstaltungen besuchten. Laut *taz* soll ein Schießausbilder gesagt haben, dass sie das Schießen üben müssten, weil jetzt so viele „Gäste“ nach Deutschland kämen; und der stellvertretende Leiter der Polizeischule fühle sich in seiner Heimat nicht mehr wohl, da an Silvester so viele „Ausländer“ auf der Straße laut gefeiert hätten.

Sachsen ist auch schon länger für seine Einzelfälle bekannt. Im Dezember 2017 hatte die sächsische

Polizei sich einen schicken neuen Panzer für ihr *Spezialeinsatzkommando (SEK)* gekauft. Der wurde so geliefert, wie er bestellt wurde. Inklusiv des gestickten Logos auf den Sitzbezügen, das in seiner Gestaltung und durch die dort verwendete Frakturschrift stark an die in rechtsextremen Kreisen übliche Symbolik erinnert. Dasselbe *SEK* übrigens, aus dem ein Beamter auf einer antirassistischen Demonstration in Wurzen einen Aufnäher trug, der ein in der rechten Szene gerne verwendetes Symbol zeigte.

Oder man denke auch an das Fotografieren und Weiterverbreiten des Haftbefehls gegen den angeblichen Täter von Chemnitz durch einen Justizmitarbeiter. An den *Pegida*-Wutbürger und *LKA*-Mitarbeiter aus Dresden. An Clausnitz. Einzelfälle, natürlich ...

Cop Culture und Kriegermännlichkeit

Anhand dieser Beispiele eine von vielen Betroffenen subjektiv schon immer wahrgenommene – und oftmals erfahrene – scheinbar allgemeine rechte bis rechtsextreme Grundhaltung der Polizei zu bestätigen, ist allerdings schwierig. Nicht nur, weil es zu wenige wissenschaftliche Untersuchungen gibt, die belastbare Zahlen und Informationen liefern könnten. Polizeiwissenschaftler*innen und Soziolog*innen gehen davon aus, dass die Polizei nicht grundsätzlich rechte Personen anziehe, dass sie aber strukturelle Probleme habe, die rechtes Gedankengut begünstige und die Aufklärung rechtsextremer Vergehen erschwere.

Ein Teil dieser problematischen Struktur ist die sogenannte „Cop Culture“. Sie findet sich besonders ausgeprägt bei jüngeren Polizisten und in geschlossenen Einheiten. Der Polizeiwissenschaftler Rafael Behr beschreibt diese sehr ausführlich in einem Essay für die *Bundeszentrale für politische Bildung*. Kernaspekte der Cop Culture sind demnach eine ausgeprägte Körperlichkeit, „Kriegermännlichkeit“ und Korpsgeist. „Die polizeiliche Kategorie des Schutzmanns befindet sich ebenso wie die der Schutzfrau aktuell in der Defensive, die polizeiliche Bühne betritt nun wieder der Polizei-Krieger, gern auch als Held im Kampf gegen das Böse“ (Behr).

Der Habitus junger Polizisten (meist eben der männlichen) ist oftmals bestimmt von Aggression, von Gewalt und Gegengewalt. Ziel ist nicht die Um- oder

Durchsetzung staatlichen Rechts an sich, primärer Reibungspunkt, wenn die Auseinandersetzung mit dem Gegner, mit Demonstrant*innen oder Kriminellen, ansteht, ist vielmehr ein spätadoleszentes männliches Krätemessen. Es ist der körperlich ausgetragene Konflikt zweier sich stark ähnelnder Seiten, die „dabei um ihre Ehre oder ihren Autoritätserhalt kämpfen und beide ihre Körper beziehungsweise ihre Gesundheit riskieren“ (Behr). Dabei empfinden die Polizisten aber, trotz ihren Kontrahenten ähnlicher psychologischer Ausgangslage in diesem Krätemessen, ihre eigene Gewaltanwendung als legitim, als staatlichen Willen,

Der polizeiliche Alltag begünstigt, verstärkt oder bringt erst rechtsextremistische Verhaltensweisen und Denkmuster hervor

die ihnen entgegengebrachte hingegen als überraschend und illegitim. Sie suchen die Auseinandersetzung, wollen aber keine Gegenwehr.

Die Polizeikultur ist nach Rafael Behr also von einer „kriegerischen Mentalität“, einer „Kriegermännlichkeit“ durchzogen, die jederzeit aktiviert werden könne. Die momentanen Zeiten werden als unsicher und instabil wahrgenommen und bedürfen der entsprechenden, zur Not gewalttätigen Handlungen. In entsprechenden Gefahrenlagen ist es also „situationsabhängig [...], ob die Organisation ihre kriegerische oder ihre bürgerfreundliche Seite zeigt“ (Behr), ob die Polizei also deeskalierend arbeitet oder die körperliche Auseinandersetzung sucht.

Dieser Habitus wird auch in aktuellen Werbekampagnen und in der Öffentlichkeitsarbeit der Polizei präsentiert, so in einigen Videos. Es dreht sich nicht mehr um das Idealbild der netten Streifenpolizistin oder des „Freund und Helfer“, wie es so schön heißt, sondern um Action und Abenteuer, um Technik und Equipment. Und darum, zusammen mit den High-Tech-ausgerüsteten Kamerad*innen in scheinbar gefährlichen Situationen gegen „die Bösen“ zu gewinnen, um sich zu bestätigen. Denn „Angst ermöglicht Heroismus, und die Kriegermännlichkeit ist eine heroische Männlichkeit“ (Behr). Und gerade junge Männer wollen gerne „Helden“ sein.

Pit Kühnühl ist
Politikwissenschaftler
und befasst sich mit
den Bereichen
Nationalismus,
Antisemitismus und
Verschwörungstheorien

Autoritäre Charaktere

Ob oder wie stark diese strukturelle „Kriegermännlichkeit“ dazu führt, dass der Polizeiberuf attraktiv für auffällig aggressive oder autoritäre Charaktere ist, die für rechtsextremistische Einstellungen anfällig sind, lässt sich empirisch nicht wirklich belegen. Die Polizei lässt sich ungerne untersuchen und es dringt wenig nach außen. Korpsgeist, Verschwiegenheit und gegenseitiges Decken ist ja Teil der Cop Culture. Das Problem sind in dieser Kultur nicht diejenigen, die Übergriffe oder rechtsextremistische Äußerungen begehen, sondern diejenigen, die das melden. Whistleblower sind Kameradenschweine.

Laut dem Kriminologen Tobias Singelstein von der Juristischen Fakultät der *Ruhr-Universität Bochum* lässt sich allerdings feststellen, dass bei der Polizei zwar selten offen rechtsradikale, aber meist wertkonservative Einstellungen überwiegen und dort eher autoritär eingestellte Personen anzutreffen sind – wohingegen dezidiert linke Positionen die absolute Ausnahme bilden. Jörg Radek, der stellvertretende Bundesvorsitzende der *Gewerkschaft der Polizei (GdP)*, warnte Ende Juni gegenüber der *Rheinischen Post* davor, dass viele Beamt*innen „Sympathien für das rechtsnationale Parteienspektrum“ hegen und der *AfD* nahestehen.

Dazu kommt, dass der polizeiliche Alltag rechtsextremistische Verhaltensweisen und Denkmuster begünstigt, verstärkt oder gar erst hervorbringt. Polizist*innen sind in ihrem Berufsalltag häufig mit gesellschaftlichen Problemen und Konflikten konfrontiert, sie müssen an sozialen Brennpunkten arbeiten, sie sehen zwangsläufig nur die dunklen Seiten der Gesellschaft. Dass dies, in Verbindung mit eigenen Ohnmachtserfahrungen und Frustrationen auf der einen sowie der „Kriegermännlichkeit“ auf der anderen Seite, dazu führen kann, dass Ressentiments gebildet und autoritäre bis rechtsextreme Ansichten bestärkt werden, ist trivial. Diese Strukturen des Polizeiberufs ermöglichen Rassismus und Rechtsextremismus.

Auch banale Dienstvorgaben, wie der Zwang, eine hohe Anzahl an sogenannten Vorgängen, also an aufgenommen Anzeigen, vorweisen zu können, begünstigt rassistische Handlungen. Denn auch Polizist*innen wollen es sich leicht machen und Vorgaben ohne große Eigengefährdung erfüllen. Und dies funktioniert zum Beispiel bei denjenigen Anzeigen, die wegen der Verletzung der Residenzpflicht ausgestellt werden. Geflüchtete dürfen sich

nämlich oftmals nur in bestimmten Gebieten aufhalten, unterliegen also der Residenzpflicht – und die Polizei kann es sich nun leicht machen und Geflüchtete, also potenzielle Vorgänge, nach optischen Kriterien (Racial Profiling) auswählen, um so ihr Soll zu erfüllen. So führt ein an sich ohnehin schon diskriminierendes Gesetz auch noch zu rassistischem Verhalten.

Ein strukturelles Problem

Natürlich sind nicht alle Polizist*innen rechtsextrem oder rassistisch eingestellt. Es gibt auch bei der Polizei Beamt*innen, die über diese rechtsextremistischen Vorfälle schockiert sind, die nicht aus einem autoritären Charakter heraus ihren Beruf gewählt haben, sondern weil sie private wie berufliche Sicherheit suchen und weil sie tatsächlich hoffen, anderen Menschen helfen zu können. Doch tragen auch diese Polizist*innen durch ihren Korpsgeist und ihr Schweigen mit dazu bei, dass diese Vorfälle nicht ordentlich aufgeklärt werden.

Rechte und rassistische Einstellungen sind kein individuelles Problem und keine Einzelfälle. Es ist ein strukturelles Problem von Polizei und Sicherheitsbehörden – nicht nur in Deutschland. Und in Zeiten, in denen durch zum Beispiel die *AfD* die Grenzen des Sagbaren immer weiter nach Rechtsaußen verschoben werden, verwundert es auch nicht, dass rechte Einstellungen innerhalb der Polizei – nicht anders als in der Gesellschaft als Ganzes – zusehends anwachsen.<